



Protokollauszug  
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 16.04.2026, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

**ÖFFENTLICH**

TOP 1	Erlass einer Verordnung der Stadt Ludwigsburg zum Schutz freilebender Katzen (Katzenschutzverordnung – KatzenschutzVO) (Vorberatung)	Vorl.Nr. 043/26
-------	--	-----------------

---

**Beschlussempfehlung:**

1. Die Stadt Ludwigsburg erlässt eine Verordnung zum Schutz freilebender Katzen - Katzenschutzverordnung (s. Anlage 1)
2. Der Tierschutzverein Ludwigsburg e.V. wird Beauftragter der Stadt Ludwigsburg für die Durchführung der Katzenschutzverordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

BM **Mannl** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt BM Mannl Tagesordnungspunkt 3 ab und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung geht auf die Vorlage ein.

Die **juristische Referentin der Landestierschutzbeauftragten** Baden-Württemberg informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** freut sich, dass ihr damaliger Vorschlag jetzt umgesetzt werde und stimmt der Vorlage zu. Sie regt an, das Betreten von Privatgelände in die Verordnung mit aufzunehmen. Es sei wichtig, dass der Halter zugeordnet werden könne.

Stadträtin **Dr. Klünder** steht zum Schutz der Singvögel hinter der Verordnung und wird der Vorlage zustimmen, wenngleich es in ihrer Fraktion unterschiedliche Meinungen gebe. Sie fragt nach der Kostenhöhe einer Kastration, nach der Auswirkung auf die Rattenpopulation und wie mit gravierend erkrankten Fundtieren umgegangen werde. Die Nachbarkommunen sollten auch handeln.

Stadtrat **Raasch** weist ebenso auf ein unterschiedliches Meinungsbild seiner Fraktion hin. Er geht auf die momentane Haushaltssperre ein und fragt, welche Kosten die Verordnung mit sich bringe.

Stadträtin **Liepins** spricht, trotz Zustimmung, den möglichen Eingriff in die persönlichen Rechte der Halter an. Sie merkt an, dass verantwortungsvolle Katzenhalter dies bereits jetzt schon umsetzen. Im Landkreis sollen sich möglichst viele Kommunen beteiligen.

Stadtrat **Ziemann** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Katzenhalter sollen Verantwortung übernehmen und durch einen Chip identifiziert werden können. Der Tierschutz werde hiervon profitieren.

Stadträtin **Knecht** stimmt ebenfalls der Vorlage zu. Sie geht auf die erhebliche Population ein und fragt nach einer möglichen Katzensteuer.

Stadträtin **Fritz** fragt, ob für freilaufende Katzen eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen werden könne.

Die **juristische Referentin der Landestierschutzbeauftragten** Baden-Württemberg geht auf die offenen Fragen ein und betont, dass die Verordnung kein Kostentreiber sei und lediglich minimale Kosten verursache. Bei freilebenden Katzen sei eine Halterermittlung derzeit schwierig umsetzbar. Für die Erhebung einer möglichen Katzensteuer müssen die gehaltenen Tiere registriert werden. Katzen fressen unter anderem Mäuse, Reptilien und Vögel. Das Tierheim habe eine angestellte Tierärztin. Die Kosten für eine Kastration beim Kater belaufen sich dort auf rund 120 Euro, wenngleich höhere Kosten bei kranken Tieren anfallen.

Es fallen keine zusätzlichen Personalkosten an, fügt BM **Manni** hinzu. Es handle sich um eine Standardvorlage, die der Stadt und dem Tierheim eine Handlungsfähigkeit ermögliche. In der Bürgermeisterrunde habe man sich für eine Verordnung ausgesprochen. Aufgrund des ansässigen Tierheimes werde Ludwigsburg eine Vorreiterrolle einnehmen.

Eine **Bürgerin** im Zuschauerraum meldet sich zur Frage von Stadträtin Fritz zu Wort. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden. Sie merkt an, dass Kleintiere, hierunter fallen auch Freigängerkatzen, in der Familienversicherung inkludiert seien.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Manni** vorberatend über die Vorlage abstimmen.

**Beratungsverlauf:**

Es erfolgt ein Bericht durch den **Leiter des Polizeireviers Ludwigsburg** anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** fragt zum Rückgang der Straftaten hinsichtlich sexueller Selbstbestimmung, ob in den Vorjahren durch Präventionsmaßnahmen und Aufklärung vermehrt Anzeigen erfolgt seien. Partnergewalt sei häuslicher Gewalt gleichgestellt, bei Letzterem könne die Gewalt auch von weiteren Familienmitgliedern ausgehen. Zudem interessiert sie, ob Präventionsmaßnahmen für unter 18-jährige vorgenommen wurden und deshalb ein Rückgang vorliege und ob sich die vermehrte Polizeipräsenz am Bahnhof auf den Rückgang auswirke. Des Weiteren fragt sie nach möglichen Maßnahmen zur Prävention aufgrund der angestiegenen Fälle von Fahrraddiebstahl, wie auch zum Thema Graffiti. Bei Letzterem fragt sie nach Hilfestellungen für die Immobilieneigentümer. Weiter geht sie auf die Anzahl der schwerverletzten Radnutzenden ein und fragt nach möglichen Verbesserungen.

Stadträtin **Dr. Klünder** interessiert die Gruppierung nichtdeutscher Täter, wie auch die Unterscheidung nach Geschlecht. Zudem fragt sie, ob es im Stadtgebiet Unfallhäufungsschwerpunkte gebe.

Stadtrat **Raasch** fragt, wo die Scooter- und E-Roller, wie auch die Enkeltrickfälle in der Statistik verortet seien. Er wünscht zu Letzterem, dass Altersheime einbezogen werden.

Stadtrat **Zeltwanger** äußert sich kritisch dazu, dass vorab die Presse informiert worden sei. Dann hätte man sich die Beratungszeit im Gremium sparen können, sagt er.

BM **Mannl** merkt an, dass die Termine bewusst zeitnah gesetzt werden. Das Informationsbedürfnis zu diesem Thema sei hoch. Zudem werde dem Gremium eine Aussprachemöglichkeit eingeräumt.

Stadträtin **Liepins** erkennt, ausgenommen von 53% nichtdeutscher Tatverdächtigen, keine besonderen Ausreiser. Sie fragt, ob Unfälle in Verbindung mit E-Rollern statistisch separat erfasst werden.

Stadtrat **Ziemann** sieht die Zunahme der bewaffneten Taten, wie auch der Bereich Bahnhof und die Myliusstraße, bedenklich.

Die Anzahl der Straftaten, vor allem mit Waffen sei hoch, merkt Stadträtin **Knecht** an und bedauert, dass der Respekt vor anderem Eigentum zurückgehe. Sie vermutet zudem eine hohe Dunkelziffer. Die hohe Präsenz der Polizei am Solitudeplatz wirke sich positiv aus, lobt sie.

Die Landespolizei und der kommunale Ordnungsdienst arbeiten hervorragend zusammen, lobt BM **Mannl**. Um das Niveau und den Status Quo zu halten, müsse viel geleistet werden.

Der **Leiter des Polizeireviers Ludwigsburg** dankt für das Feedback und beantwortet die Fragen des Gremiums. Zum regulären Schichtdienst müssen teilweise Zusatzdienste geleistet werden. Auch der Respekt gegenüber der Polizei sei leider nicht immer gegeben. In der Vergangenheit seien mehr Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zur Anzeige gebracht worden. Unter häusliche Gewalt fallen alle im Haushalt wohnenden Personen, bei der Partnergewalt könne der Wohnort unterschiedlich sein. Auf den Plätzen gebe es derzeit eine sichtbar erhöhte Polizeipräsenz und hohe Kontrolldichte. Fahrraddiebstähle nehmen zu und er rät dazu, die Räder mit vielen Schlössern zu sichern und an einem einsehbaren Ort abzustellen. Graffitis werden eher selten angezeigt, um ein Lagebild zu erhalten und entsprechende Maßnahmen einzuleiten rät er zu einer Anzeige. Für Radfahrende gebe es umfangreiche Schulungsangebote. Nichtdeutsche, überwiegend männliche Straftäter, seien überrepräsentiert, wenngleich beispielsweise der Straftatbestand des unerlaubten Aufenthaltes von Deutschen nicht begangen werden könne, gibt er zu bedenken. Unter den Tatverdächtigen seien besonders viele Syrer. Die Gründe seien unterschiedlich, etwa Traumata oder eine gewisse Perspektivlosigkeit. Unfallhäufungsschwerpunkte gebe es im Stadtgebiet nicht, diese werden zeitnah entschärft. Der Tatbestand Enkeltrick werde unter Betrugsdelikte geführt. Präventive Maßnahmen versuche man in vielen Bereichen zu platzieren. Er vermutet in diesem Deliktsfeld eine hohe Dunkelziffer. Elektronische Kleinfahrzeuge, wie E-Scooter, werden in der Verkehrsunfallstatistik noch nicht ausgewiesen, werden jedoch kontrolliert und unterliegen denselben Regularien wie Autofahrende. Für die Problemzonen Myliusstraße und Bewaffung wünscht er ein gemeinsames Vorgehen.

Die Enkeltrickthematik betreffe die Gesamtgesellschaft, so BM **Mannl**. Der Landkreis biete zur Prävention hierzu unter anderem ein Theaterstück an. Zudem weist er auf den Verein „Sicheres Ludwigsburg e.V.“ hin.

Stadträtin **Liepins** geht auf die aktuelle Baustellensituation und Busumleitung in Eglosheim ein. Sie bemängelt, dass ab 20 Uhr kein Ersatzverkehr angeboten werde. Zudem weist sie darauf hin, dass die Bushaltestelle Calwer Straße nicht behindertengerecht ausgebaut sei.

Der Stadtteil Eglosheim sei abgehängt, bestätigt Stadtrat **Passaro**.

Der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung teilt mit, dass die Thematik derzeit mit der LVL und dem Bauträger geklärt werde.

Die Weststadt und Eglosheim sei mit den Umleitungsverkehren nicht erschließbar, teilt BM **Mannl** mit. In Abstimmung mit der LVL, der SWLB und dem Landkreis habe man ein Grundkonzept abgestimmt, mit einer durchgängigen halbstündigen Buslinie vom ZOB über die Abelstraße nach Eglosheim. Ein Anspruch auf diesen Rundbus gebe es nicht. Der ausgehandelte Kompromiss liege bei werktags zwischen 6 und 20 Uhr und eingeschränkte Fahrten am Wochenende. Die LVL fahre dieses Zusatzangebot auf Kosten der SWLB. Die Entwicklung müsse abgewartet werden. Die Anregungen werden mitgenommen.

Stadträtin **Dr. Knoß** regt einen privaten Fahrdienst auf Kosten der SWLB an. Weiter spricht sie die Vermüllung vor Ort an.

Stadtrat **Zeltwanger** lobt die Sensibilisierung der SWLB, obwohl kein Rechtsanspruch bestehe. Die Bevölkerung müsse mitgenommen und weiterhin informiert werden. Er spricht den Rad- und Fußweg unter der Brücke an und fragt, ob durch eine Ampelschaltung eine Lösung, auch für den ÖPNV, während der Baustellenzeit möglich sei. Es müsse eine barrierefreie Möglichkeit gefunden werden.

Stadträtin **Knecht** fragt, ob der Stadtteilausschuss einbezogen worden sei.

Die Müllproblematik sei behoben, antwortet BM **Manni**. Eine Kommunikation mit dem Stadtteilausschuss habe stattgefunden. In der Baustellensituation könne jedoch eine Barrierefreiheit nicht hergestellt werden. Er betont, dass ein umfangreicher Abwägungsprozess stattgefunden habe, eine Nachsteuerung sei denkbar. Er zeigt sich dankbar für den Kompromiss und die Bereitschaft der SWLB. Technisch sei es nicht möglich, den ÖPNV durch die Baustelle fahren zu lassen. Der Baustart sei nicht glücklich verlaufen. BM Manni schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 3                      Entwurfs- und Baubeschluss SKS-Areal  
Freiraumentwicklung

---

### **Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt BM **Manni** diesen Tagesordnungspunkt ab, da vorab noch Höhen abgestimmt werden müssen.

BM **Manni** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.